

Zur Sache: Vom Umgang mit der Vergangenheit – Umbenennung von Straßen, Aberkennung von Auszeichnungen?

Eine neue Form der «Entnazifizierung» hat Deutschland erfasst. All überall diskutiert man die Namen von Straßen und Plätzen, von Schulen und Turnhallen, die an Menschen mit einer nationalsozialistischen Vergangenheit erinnern, an Vordenker und Täter, an Mitläufer und Trittbrettfahrer, an Arisierungsgewinnler und Antisemiten. Gestritten wird in diesem Zusammenhang auch über Ehrenbürger- und Ehrenmitgliedschaften oder über den richtigen Umgang mit NS-Insignien oder NS-Kunstwerken. Überall fordern Bürgerinitiativen, Kommunalverwaltungen, Gemeinde- und Stadträte die Umbenennung entsprechender Straßen oder Gebäude, die Aberkennung von Würden und Auszeichnungen, die Entfernung von anstößigen Symbolen.

Grundsätzlich kann man diese neue Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit nur begrüßen, wird dabei doch in vielfältiger Weise nicht nur die Verstrickung einzelner, einst hochangesehener Personen mit der NS-Herrschaft deutlich, sondern auch wie deren Vergangenheit in der neuen demokratischen Gesellschaft schnell verdrängt, verschwiegen, verleugnet oder missachtet wurde. Es ist erstaunlich, wie viele NS-Belastete bald nach Kriegsende wieder zu Ansehen gelangten, ihnen Ehrenmitgliedschaften verliehen, sie mit Orden oder sonstigen Auszeichnungen dekoriert und eben als vorbildlich zu Namenspatronen von Straßen und Schulen erwähnt wurden.

Verfolgt man jedoch die in den Dörfern und Städten unseres Landes geführten Diskussionen, sei es in Kornthal, Kusterdingen, Ostfildern, Göppingen, Ravensburg, Remshalden, Tübingen oder Stuttgart, verspürt man zwar vielen guten Willen, gewinnt manches Mal aber auch den Eindruck, als meinten einige Zeitgenossen, unsere Geschichte könne repariert, gesäubert und gereinigt, zum Guten und Besseren umgedeutet werden. Nein, eine Straßenumbenennung befreit uns noch lange nicht von der NS-Vergangenheit und dem Umgang mit dieser in den 1950er- und 1960er-Jahren, auch nicht von der Notwendigkeit, an sie immer wieder neu zu erinnern. Geschichte kann nun mal nicht verändert werden. Wichtig ist, sich mit ihr zu beschäftigen, sich der Komplexität der Vergangenheit zu stellen. Dabei kommt auch Neues, Unangenehmes ans Tageslicht. Erforderlich ist es, darüber die Öffentlichkeit zu informieren, sie für die Bedeutung von Straßennamen als Symbole der Geschichtspolitik und der Erinnerungskultur zu sensibilisieren, ihr zu verdeutlichen, dass die Benennung ebenso wie die Umbenennungen die ihrer Zeit verhafteten politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse widerspiegeln. Ob die Straßen nach den «verlorenen Städten im Osten» oder nach Dichtern, Komponisten und Künstlern oder nach Blumen und Bäumen benannt sind – immer sagt dies auch etwas über jene Generation aus, die sich

die Namen aussuchte oder wechselte. Namen bedeuten und machen Haltungen identifizierbar.

Was nun also? Umbenennung, ja oder nein? Ich denke, dafür gibt es keine Patentrezepte. Manche Straßen wird man umbenennen müssen. Manche wird unser demokratisches Gemeinwesen auch aushalten können. Doch sicher ist: Namen einfach nur «auszumerzen» und zu tilgen, sie verschwinden zu lassen, zu wechseln, das ist zu einfach. Als *historischen Exorzismus* bezeichnet dies der Berliner Zeithistoriker Martin Sabrow. Möglicherweise erreicht man damit genau das Gegenteil dessen, was man will oder sollte. Vor allem darf eine Straßenumbenennung nicht zum «Schlussmit-der-Debatte» führen.

Aufgeregtheit, Eifer und demonstrative Betroffenheit sind ebenso fehl am Platze wie Hauruck-Entscheidungen oder Beratungen hinter verschlossenen Türen. Vielmehr gilt es, Biografien sorgfältig zu recherchieren und zu analysieren, zu deuten und zu werten. Der öffentliche Diskurs ist gefragt. Angemessen und beispielhaft ist die Vorgehensweise in Ostfildern und Tübingen, zunächst in öffentlichen Veranstaltungen die Biografien der Namensgeber kritisch zu hinterfragen und dann zu überlegen, wie man mit den Ergebnissen umgeht.

Mit Blick auf sein 100-jähriges Jubiläum 2009 begann sich auch der Schwäbische Heimatbund mit seiner NS-Vergangenheit zu beschäftigen. Eine wissenschaftliche Tagung zur Geschichte der Heimatschutzbewegung in Württemberg und Hohenzollern offenbarte Erschreckendes und Schmerzendes: Den Ausschluss nichtarischer Mitglieder 1935, die bereitwillige und vielfältige Kooperation mit den NS-Gewaltigen im Land und Reich, insbesondere im Bereich von Naturschutz und Landschaftspflege, ein Blut- und Boden-Denken bei Vorstands- und Ehrenmitgliedern, das sich kontinuierlich von den 1920er-Jahren bis in die 1950er-Jahre hinzog ...

Angestoßen von der Tagung widerrief der Vorstand den Beschluss von 1935 förmlich. Nachdrücklich bedauerte er, wie auf der Homepage des Heimatbundes nachzulesen, *die Ausgrenzung von Mitgliedern ebenso wie das Stillschweigen zur nationalsozialistischen Rassenpolitik, die Schwaben jüdischen Glaubens oder Herkunft sowie andere Minderheiten aussonderte, verfolgte, entrechtete und ermordete*. Zur Umsetzung des Beschlusses, die Lebensläufe der Ehrenmitglieder wissenschaftlich zu erforschen sowie deren Wirken im Verein und außerhalb kritisch zu hinterfragen und zu bewerten, benötigt der Heimatbund allerdings noch immer ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Dabei geht es nicht um «Reinwaschung», sondern um Aufklärung, wie Verantwortung für Heimat, Natur und Geschichte Bestandteil nationalsozialistischer Ideologie werden konnte.